

1
2
3
4 **Prüfungsordnung**

5
6 **für den Studiengang Medieninformatik**

7 **mit dem Abschlussgrad**

8 **Master of Science**

9 **der Fakultät für Informatik und Ingenieurwissenschaften**

10 **der Technischen Hochschule Köln**
11
12
13
14
15
16

17 **Vom**

18 **XX. XX. 2017**
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34

35 Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des
36 Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16. September 2014 (GV.
37 NRW. S. 547), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 2016 (GV.NRW.2016
38 S. 1154), hat die Technische Hochschule Köln die folgende Prüfungsordnung als Sat-
39 zung erlassen:
40

Inhaltsübersicht

I. Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich der Prüfungsordnung; Modulhandbuch und Studienplan

§ 2 Ziel des Studiums; Zweck der Prüfungen; Abschlussgrad

§ 3 Zugangsvoraussetzungen; Einstufungsprüfung

§ 4 Regelstudienzeit; Studienumfang

§ 5 Umfang und Gliederung der Prüfung; Prüfungsfrist

§ 6 Prüfungsausschuss

§ 7 Rechte und Pflichten des Prüfungsausschusses

§ 8 Beschlüsse des Prüfungsausschusses

§ 9 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer

§ 10 Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen

§ 11 Bewertung von Prüfungsleistungen

§ 12 Leistungspunkte (Credits) nach dem ECTS (European Credit Transfer System)

§ 13 Bewertung von Prüfungsleistungen nach dem ECTS-Notensystem

§ 14 Wiederholung von Prüfungsleistungen

§ 15 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung

II. Modulprüfungen

§ 16 Ziel, Umfang und Form der Modulprüfungen

§ 17 Zulassung zu Modulprüfungen

§ 18 Durchführung von Modulprüfungen

§ 19 Klausurarbeiten

§ 20 Schriftliche Prüfungen im Antwortwahlverfahren

§ 21 Mündliche Prüfungen

§ 22 Weitere Prüfungsformen

III. Studienverlauf

§ 23 Module und Abschluss des Studiums, Zusatzmodule

§ 24 Modulprüfungen

1
2 **IV. Masterarbeit**

3
4 § 25 Masterarbeit; Zweck, Thema, Prüferinnen und Prüfer

5 § 26 Zulassung zur Masterarbeit

6 § 27 Ausgabe und Bearbeitung der Masterarbeit

7 § 28 Abgabe und Bewertung der Masterarbeit

8 § 29 Kolloquium

9
10
11 **V. Ergebnis der Masterprüfung**

12
13 § 30 Ergebnis der Masterprüfung

14 § 31 Zeugnis, Gesamtnote, Diploma Supplement

15
16
17 **VI. Schlussbestimmungen**

18
19 § 32 Einsicht in die Prüfungsakten

20 § 33 Ungültigkeit von Prüfungen

21 § 34 Inkrafttreten; Übergangsvorschriften

22
23
24 **Anlage:**

25 - Studienverlaufsplan
26
27
28

I. Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich der Prüfungsordnung; Modulhandbuch und Studienplan

(1) Diese Master-Prüfungsordnung (MPO) regelt das Studium und die Prüfungen im Studiengang Medieninformatik an der Technischen Hochschule Köln. Das Studium unterteilt sich in die fünf Studienschwerpunkte Human-Computer Interaction, Multi-Perspective Product Development, Social Computing, Visual Computing, Weaving the Web.

(2) Auf der Grundlage dieser Prüfungsordnung erstellt die Technische Hochschule Köln einen Studienverlaufsplan (Anlage) und ein Modulhandbuch. Das Modulhandbuch beschreibt Inhalt und Aufbau des Studiums unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen und hochschuldidaktischen Entwicklung und der Anforderungen der beruflichen Praxis. Der Studienverlaufsplan dient als Empfehlung an die Studierenden für einen sachgerechten Aufbau des Studiums.

§ 2 Ziel des Studiums; Zweck der Prüfungen; Abschlussgrad

(1) Die Masterprüfung vermittelt einen weiteren berufsqualifizierenden Studienabschluss, der nach § 67 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 HG zur Zulassung zum Promotionsstudium berechtigt.

(2) Das zur Masterprüfung führende Studium (§ 4) soll unter Beachtung der allgemeinen Studienziele (§ 58 HG) den Studierenden auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse insbesondere die anwendungsbezogenen Inhalte ihres Studienfachs vermitteln. Neben der Vermittlung von Fachwissen liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Ausbildung von

- theoretisch-analytischen, methodologischen, gestalterischen und technologischen Kompetenzen,
- Kompetenzen zum fachlichen Diskurs und zur selbstständigen Urteilsfindung und
- Kompetenzen zum fachpraktischen Handeln in komplexen Projektkontexten.

Das Studium soll zudem soziale Kompetenzen und Selbstkompetenzen wie kontextgerechte Kommunikation, Selbstständigkeit, Kreativität, Offenheit fördern und die Studierenden auf die Masterprüfung vorbereiten. Darüber hinaus gibt das Studium den Studierenden die Möglichkeit zur Spezialisierung und zur wissenschaftlichen Vertiefung.

(3) Der Studienschwerpunkt „Human-Computer Interaction“ adressiert Kompetenzen, Fähigkeiten und Fertigkeiten die im Zusammenhang mit der Leitung und dem Management von Entwicklungsprojekten innovativer, interaktiver Systeme stehen. Dies umfasst die Nutzungskontexte in verschiedensten Anwendungsbereichen kritisch zu analysieren, Problemfelder zu identifizieren, Anforderungen zu spezifizieren, angemessene Vorgehen zur Lösungsentwicklung zu konzipieren und Gestaltungslösungen zu entwickeln und zu evaluieren. Absolventen dieses Schwerpunktes arbeiten als UX-Architects, Interaction Designer oder in Positionen mit ähnlichen Rollenbezeichnungen in Unternehmen/Institutionen und sind zentrale Entscheidungsträger, wenn es um die Entwicklung interaktiver Systeme aus Nutzungs- oder Nutzerperspektive geht. Neben den vielfältigen weiterentwickelten Kompetenzen (formale, analytische, methodologische, gestalterische, technologische, etc.) haben sie die Befähigung zum fachlichen Diskurs vertieft und

1 implementieren mit ihrer Kommunikationskompetenz eine wichtige Schnittstelle für die
2 verschiedenen Stakeholder und Gewerke.

3
4 (4) In dem Studienschwerpunkt „Multi-Perspective Product Development“ entwickeln
5 und vertiefen die Studierenden ihre Kompetenz, die typische Heterogenität vieler Medi-
6 eninformatik-Projekte von der Methodik über die technologische bis hin zur sozio-
7 technischen Komponente zu verstehen und zu bewältigen. In solchen Projekten haben
8 die unterschiedlichen Stakeholder oft eigene Perspektiven, die durch ihre Fachspra-
9 chen, Methoden und Techniken sowie Verantwortlichkeiten definiert werden. Die
10 Schnittstellen zwischen diesen Perspektiven sind in aller Regel nicht offensichtlich, da
11 das Wissen oft implizit ist oder in vielfältiger Weise dargestellt wird. Die Studieninhalte
12 sind daher entsprechend dieser heterogenen Bedingungen umfassend und breit ange-
13 legt. Das Studienziel ist die Qualifikation, in Projekten der Medieninformatik auf breiter
14 wissenschaftlicher Basis federführend mitzuwirken und sie organisieren und leiten zu
15 können.

16
17 (5) In dem Studienschwerpunkt „Social Computing“ werden die Wechselwirkungen zwi-
18 schen Gesellschaft und Informatik in den Mittelpunkt gestellt. Rechnersysteme und
19 Netzwerke werden von Menschen intentional gestaltet, ausgerichtet an gesellschaftli-
20 chen Normen, Prozessen und Bedürfnissen. Gleichzeitig beeinflussen IT-Systeme diese
21 gesellschaftlichen Normen und verändern Prozesse in allen Lebensbereichen. Die ver-
22 antwortungsbewusste Konzeption und Realisierung von soziotechnischen Systemen
23 (z.B. Social Software, Online Communities, e-Health, e-government und e-Learning An-
24 gebote) sowie die empirische Evaluation existierender Systeme sind zentrale Ziele. Lö-
25 sungen sollen unter ganzheitlichen Gesichtspunkten entwickelt werden. Verschiedene
26 Wertvorstellungen und Interessen unterschiedlicher Stakeholder müssen identifiziert und
27 berücksichtigt werden. Der Studienschwerpunkt „Social Computing“ verbindet daher
28 Theorien, Modelle und Methodik der Human- und Sozialwissenschaften mit anwen-
29 dungsorientierter Informatik. Studierende sollen in der Lage sein, computergestützte
30 Systeme nach ethischen, politischen, sozialen und psychologischen Kriterien bewerten,
31 planen und umsetzen zu können. Ziel ist es, soziale Innovation durch digitale Anwen-
32 dungen entstehen zu lassen. Neben den empirischen Methoden werden Designmetho-
33 den vermittelt, sowohl auf der konzeptionellen als auch auf der softwaretechnischen Im-
34 plementierungsebene, um robuste, sichere und flexible Systeme zu gestalten.

35
36 (6) Der Studienschwerpunkt „Visual Computing“ steht an der Schnittstelle von Compu-
37 tergrafik, Computer Vision, Mensch-Maschine-Kommunikation, Bild- und Videoverarbei-
38 tung, sowie Visualisierung. Ziel des Studienschwerpunktes ist es, den Studierenden ein
39 solides Fundament bildbasierter und bildgebender Verfahren zu vermitteln, indem die
40 Entwicklung praktischer Algorithmen und Programme anhand ihrer theoretischen Grund-
41 lagen erlernt wird. Zusätzlich sollen die Studierenden in die Lage versetzt werden, die
42 entwickelten Applikationen zu bewerten, zu präsentieren und auf ihre ethischen Konse-
43 quenzen hin zu prüfen. Die hohe Interdisziplinarität ist ein Innovationsfaktor und bietet
44 Schlüsseltechnologien zur Lösung aktueller Problemstellungen in der Informatik, wie
45 z.B. Virtual Engineering, Visual Analytics, Virtual- und Augmented Reality, Medizintechn-
46 ik, Robotik, Animation und Bildsynthese. Anwendungen des Visual Computing finden
47 sich in den verschiedensten Bereichen, z.B. in der Unterhaltungsindustrie (Visuelle Ef-
48 fekte, Computerspiele, Filmindustrie, 360° und 3D Videos), der Medizin (medizinische
49 Bildverarbeitung, digitale Operationsplanung), der Automobilindustrie (Fahrerassistenz-
50 systeme), der industriellen Fertigung (visuelle Qualitätskontrolle), der Internettechnolo-

gien und Mobilgeräte (Remote Rendering, Multimediale Datenbanken, Augmented Reality Anwendungen) und der digitalen Fotografie.

(7) Der Studienschwerpunkt „Weaving the Web“ stellt die Entwicklung von Produkten und Diensten im Web in den Mittelpunkt. Dabei wird der gesamte Lebenszyklus von der Erarbeitung einer Vision, der eigentlichen Software Entwicklung bis hin zu der Verwertung als Produkt und/oder Publikation adressiert. Als charakterisierende Merkmale für die Entwicklung von Produkten und Diensten im Web ist die Einbettung in ein Netz von Prozessen und Informationsflüssen vorgesehen, die Dienste, Informationen, Personen und Geräte im Web zusammenfassen, der Fokus auf Offenheit, sowohl bei den verwendeten Technologien, Frameworks und Plattformen als auch die Haltung in der Kommunikation im Team und gegenüber der Community und die konsequente Anwendung agiler Vorgehensmodelle sowie die Nutzung des Wissens und des kreativen Potentials von Nutzern durch Community Management.

(8) Lehrveranstaltungen können auch in englischer Sprache abgehalten werden.

(9) Der Studiengang baut konsekutiv auf den Bachelor-Studiengang Medieninformatik der Fakultät für Informatik und Ingenieurwissenschaften an der Technischen Hochschule Köln auf.

(10) Durch die Masterprüfung (§ 5) soll festgestellt werden, ob der Prüfling weitere für eine selbstständige Tätigkeit im Beruf notwendige gründlichen Fachkenntnisse erworben hat und befähigt ist, auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden selbstständig zu arbeiten und zu forschen.

(11) Mit dem Bestehen der in § 5 aufgeführten Prüfungen wird der berufsqualifizierende und wissenschaftliche Abschluss des Studiums erreicht. Auf Grund der bestandenen Prüfungen wird nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen der Hochschulgrad "Master of Science" verliehen.

§ 3 Zugangsvoraussetzungen; Einstufungsprüfung

(1) Die Einschreibung zum Studium erfolgt studienschwerpunktbezogen. Als Voraussetzung für die Aufnahme des Studiums wird der erfolgreiche Abschluss eines Hochschulstudiums in einem Studiengang der Informatik mit dem Mindestabschlussgrad „Bachelor of Science“ oder eines anderen einschlägigen Studiengangs gefordert. Ein Studiengang gilt als einschlägig, wenn dieser Studiengang Informatik-Inhalte von mindestens xx ECTS beinhaltet. Die Entscheidung über die Einschlägigkeit trifft im Zweifel der Prüfungsausschuss.

(2) Studienbewerberinnen und -bewerber, die die Qualifikation nach Absatz 1 besitzen und zusätzlich Kenntnisse und Fähigkeiten auf andere Weise als durch ein Studium erworben haben, sind nach dem Ergebnis der Einstufungsprüfung gem. § 49 Abs. 12 HG in einem entsprechenden Abschnitt des Studienganges zum Studium zuzulassen, soweit nicht Regelungen über die Vergabe von Studienplätzen entgegenstehen. Das Nähere regelt die Einstufungsprüfungsordnung der Technischen Hochschule Köln.

1 (3) In Ausnahmefällen kann die Aufnahme des Studiums bereits vor dem Erwerb der
2 Zugangsvoraussetzungen nach Absatz 1 erfolgen, wenn diese spätestens innerhalb von
3 sechs Monaten, gerechnet ab dem Zeitpunkt der Einschreibung, nachgewiesen wird.

4
5 (4) Als weitere Studienvoraussetzung für die Aufnahme des Studiums muss der er-
6 folgreiche Abschluss der deutschen Sprachprüfung für den Hochschulzugang (DSH -
7 Stufe 2 - Regelfall) nachgewiesen werden, sofern es sich um Studierende handelt, die
8 ihre Hochschulzugangsberechtigung oder ihren ersten berufsqualifizierenden Abschluss
9 nicht an einer deutschsprachigen Einrichtung erworben haben.

10
11 (5) Die Einschreibung ist zu versagen, wenn die Studienbewerberin bzw. der Studi-
12 enbewerber im Geltungsbereich des Grundgesetzes die Master-, die Diplom- oder eine
13 sonstige Abschlussprüfung im Studiengang Informatik endgültig nicht bestanden oder
14 den Prüfungsanspruch in diesem Studiengang verloren hat. Die Einschreibung ist eben-
15 falls zu versagen, wenn die Studienbewerberin bzw. der Studienbewerber im Geltungs-
16 bereich des Grundgesetzes in einem anderen Studiengang der Informatik eine ver-
17 gleichbare Prüfung, die einer vorgeschriebenen Prüfung in diesem Studiengang ent-
18 spricht, endgültig nicht bestanden oder den Prüfungsanspruch hierin verloren hat.

21 **§ 4 Regelstudienzeit; Studienumfang**

22
23 (1) Das Studium umfasst eine Regelstudienzeit von vier Semestern. Der Gesamtstu-
24 dienumfang beträgt 120 Leistungspunkte (§ 12) nach dem European Credit Transfer
25 System (ECTS). Die Regelstudienzeit schließt die Prüfungszeit ein.

26
27 (2) Das Studium ist in einzelne Module untergliedert. Das Nähere zum Studienaufbau
28 ergibt sich aus § 23 und dem Studienverlaufsplan (Anlage).

29
30 (3) Die Studierenden haben nach Maßgabe des § 59 HG das Recht, Lehrveranstal-
31 tungen auch außerhalb des von ihnen gewählten Studiengangs zu besuchen.

32
33 (4) Die Aufnahme in das erste Semester des Studiengangs erfolgt sowohl zum Win-
34 ter- als auch zum Sommersemester.

37 **§ 5 Umfang und Gliederung der Prüfung; Prüfungsfrist**

38
39 (1) Der Studienerfolg wird durch studienbegleitende Prüfungen (Modulprüfungen)
40 und einen abschließenden Prüfungsteil (Masterarbeit und Kolloquium) festgestellt.
41 Gruppenprüfungen sind zulässig.

42
43 (2) Die Modulprüfungen sollen jeweils zu dem Zeitpunkt stattfinden, an dem das zu-
44 gehörige Modul im Studium nach dem Studienplan abgeschlossen ist. Dabei soll der
45 Studienverlaufsplan gewährleisten, dass der Prüfling alle Modulprüfungen bis zum Ende
46 des vierten Studiensemesters ablegen kann.

47
48 (3) Die Meldung zum abschließenden Teil der Masterprüfung (Antrag auf Zulassung
49 zur Masterarbeit) gem. § 26 soll in der Regel vor Ende des vorletzten Fachsemesters
50 erfolgen.

(4) Die Prüfungsverfahren berücksichtigen die gesetzlichen Mutterschutzfristen und die Fristen der Elternzeit sowie Ausfallzeiten durch die Pflege oder Versorgung von Ehegatten, eingetragenen Lebenspartnerinnen und Lebenspartnern oder eines in gerader Linie Verwandten oder ersten Grades Verschwägerten, wenn diese oder dieser pflege- oder versorgungsbedürftig ist.

§ 6 Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben bildet die Fakultät für Informatik und Ingenieurwissenschaften einen Prüfungsausschuss. Der Prüfungsausschuss ist ein unabhängiges Prüfungsorgan der Fakultät.

(2) Der Prüfungsausschuss wird vom Fakultätsrat gewählt und besteht aus sieben Personen:

1. der oder dem Vorsitzenden und der oder dem stellvertretenden Vorsitzenden aus dem Kreis der Professorinnen oder Professoren;
2. zwei weiteren Mitgliedern aus dem Kreis der Professorinnen oder Professoren;
3. einem Mitglied aus dem Kreis der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder der Lehrkräfte für besondere Aufgaben;
4. zwei Mitgliedern aus dem Kreis der Studierenden.

(3) Mit Ausnahme der oder des Vorsitzenden und der oder des stellvertretenden Vorsitzenden sollen für alle Mitglieder des Prüfungsausschusses auch eine Vertreterin oder ein Vertreter gewählt werden. Die Amtszeit der hauptberuflich an der Hochschule tätigen Mitglieder und ihrer Vertreterinnen oder Vertreter beträgt zwei Jahre, die der studentischen Mitglieder und ihrer Vertreterinnen oder Vertreter ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig.

§ 7 Rechte und Pflichten des Prüfungsausschusses

(1) Der Prüfungsausschuss übernimmt die Prüfungsorganisation, achtet auf die Einhaltung der Prüfungsordnung und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen.

(2) Darüber hinaus hat der Prüfungsausschuss dem Fakultätsrat über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten auf Verlangen zu berichten. Er gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung, des Modulhandbuchs und der Studienpläne. Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle (insbesondere Rücktrittersuchen) auf die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses übertragen; dies gilt nicht für die Entscheidung über Widersprüche.

(3) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und eine Beauftragte oder ein Beauftragter des Präsidiums haben das Recht, bei der Abnahme von Prüfungen zugegen zu sein. Ausgenommen sind studentische Mitglieder des Prüfungsausschusses, die sich zu demselben Prüfungszeitraum der gleichen Prüfung zu unterziehen haben.

1 (4) Der Prüfungsausschuss tagt nicht-öffentlich.
2
3

4 **§ 8 Beschlüsse des Prüfungsausschusses**

5

6 (1) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben der oder dem Vorsitzen-
7 den oder dem oder der stellvertretenden Vorsitzenden ein weiteres Mitglied aus dem
8 Kreis der Professorinnen oder Professoren und mindestens zwei weitere stimmberech-
9 tigte Mitglieder anwesend sind. Er beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmen-
10 gleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden. Die studentischen Mitglie-
11 der sowie die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des Prüfungsaus-
12 schusses wirken bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen, insbesondere bei
13 der Anerkennung oder sonstigen Beurteilung von Studien- und Prüfungsleistungen, so-
14 wie bei der Bestellung von Prüferinnen und Prüfern oder Beisitzerinnen und Beisitzern
15 nicht mit. An der Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten, die die Festle-
16 gung von Prüfungsaufgaben oder die ihre eigene Prüfung betreffen, nehmen die studen-
17 tischen Mitglieder des Prüfungsausschusses nicht teil.
18

19 (2) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, deren Vertreterinnen oder Vertreter, die
20 Prüferinnen und Prüfer sowie die Beisitzerinnen und Beisitzer unterliegen der Amtsver-
21 schwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsit-
22 zende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu ver-
23 pflichten.
24

25 (3) Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses bzw. seiner oder seines
26 Vorsitzenden sind der betroffenen Studentin oder dem betroffenen Studenten unverzüg-
27 lich mitzuteilen. Der betroffenen Studentin oder dem betroffenen Studenten ist vorher
28 Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.
29
30

31 **§ 9 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer**

32

33 (1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und
34 Beisitzer. Zur Prüferin oder zum Prüfer darf nur bestellt werden, wer selbst mindestens
35 die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzt und,
36 sofern nicht zwingende Gründe eine Abweichung erfordern, in dem Prüfungsfach eine
37 einschlägige, selbständige Lehrtätigkeit ausgeübt hat. Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer
38 darf nur bestellt werden, wer mindestens die entsprechende Masterprüfung oder eine
39 vergleichbare Prüfung abgelegt oder eine vergleichbare Qualifikation erworben hat
40 (sachkundige Beisitzerin oder sachkundiger Beisitzer). Die Prüferinnen und Prüfer sind
41 in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.
42

43 (2) Der Prüfling kann für mündliche Prüfungen (mit Ausnahme mündlicher Ergän-
44 zungsprüfungen, falls diese in dem Studiengang vorgesehen sind) eine Prüferin oder
45 einen Prüfer oder mehrere Prüferinnen oder Prüfer vorschlagen. Er kann ferner eine
46 Prüferin oder einen Prüfer als Betreuerin bzw. Betreuer der Masterarbeit vorschlagen.
47 Auf den Vorschlag des Studenten oder der Studentin ist nach Möglichkeit Rücksicht zu
48 nehmen.
49

50 (3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Prüfungsverpflichtungen mög-
51 lichst gleichmäßig auf die Prüferinnen und Prüfer verteilt werden. Die oder der Vorsit-

zende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass dem Prüfling die Namen der Prüferinnen oder Prüfer rechtzeitig bekannt gegeben werden. Die Bekanntgabe soll zugleich mit der Zulassung zur Prüfung, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der Prüfung oder der Ausgabe der Masterarbeit erfolgen. Die Bekanntgabe durch Aushang oder ein elektronisches Prüfungsverwaltungssystem ist ausreichend.

§ 10 Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen

- (1) Studien- und Prüfungsleistungen, die im gleichen Studiengang oder in dem gleichen Modul an der Technischen Hochschule Köln erbracht worden sind, werden von Amts wegen übertragen.
- (2) Im Übrigen werden Studien- und Prüfungsleistungen, die im Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region vom 11. April 1997 (BGBl. II 2007, S. 712 – so genannte Lissabonner Anerkennungskonvention) erbracht worden sind, nur auf Antrag anerkannt, wenn sie sich nicht nachweislich wesentlich von den geforderten Studien- und Prüfungsleistungen unterscheiden. Wird die Anerkennung solcher Leistungen abgelehnt, ist hierüber ein begründeter Bescheid zu erteilen. Im Falle einer beabsichtigten Ablehnung kann das Präsidium zur Überprüfung der Entscheidung angerufen werden.
- (3) Studien- und Prüfungsleistungen, die in Studiengängen außerhalb des Geltungsbereichs der Lissabonner Anerkennungskonvention erbracht worden sind, werden auf Antrag entsprechend Absatz 2 anerkannt.
- (4) Leistungen, die außerhalb eines Studiums erbracht worden sind, können auf Antrag als Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt werden, wenn sie gleichwertig zu den geforderten Studien- und Prüfungsleistungen sind.
- (5) Für Studien- und Prüfungsleistungen, die anerkannt werden, wird die entsprechende Anzahl von Leistungspunkten nach dem ECTS laut Studienverlaufsplan (Anlage) gutgeschrieben. Unbenotete Prüfungsleistungen aus anderen Hochschulen oder anderen Studiengängen werden nach den Absätzen 2 und 3 anerkannt. Sie werden im Zeugnis entsprechend gekennzeichnet und bei der Gesamtnotenbildung nicht berücksichtigt.
- (6) Die nach den Absätzen 1 bis 5 erforderlichen Feststellungen und Entscheidungen trifft der Prüfungsausschuss oder ein/e durch diesen Beauftragte/r, im Zweifelsfall nach Anhörung der für die betreffenden Module zuständigen Prüferinnen und Prüfer.

§ 11 Bewertung von Prüfungsleistungen

- (1) Prüfungsleistungen sind durch Noten differenziert und nachvollziehbar zu beurteilen, die Bewertung ist auf Anforderung des Prüfungsausschusses schriftlich zu begründen. Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer festgesetzt.

(2) Benotete Prüfungsleistungen im Sinne des Absatz 1 sind alle Modulprüfungen des Studiengangs sowie die Masterarbeit und das Kolloquium.

(3) Sind mehrere Prüferinnen oder Prüfer an einer Prüfung beteiligt, so bewerten sie die Gesamtprüfungsleistung gemeinsam, sofern nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist. Bei nicht übereinstimmender Beurteilung oder in Fällen, in denen die Modulprüfung aus mehreren Einzelleistungen besteht, ergibt sich die Note aus dem nach den zu erreichenden Credits gewichteten arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen.

(4) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1,0/1,3	= sehr gut	= eine hervorragende Leistung;
1,7/2,0/2,3	= gut	= eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
2,7/3,0/3,3	= befriedigend	= eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
3,7/4,0	= ausreichend	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5	= nicht ausreichend	= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Die Noten 0,7; 4,3; 4,7 und 5,3 sind ausgeschlossen.

(5)	Bei der Bildung von Noten aus Zwischenwerten ergibt ein rechnerischer Wert		
	bis 1,5	die Note	"sehr gut"
	über 1,5 bis 2,5	die Note	"gut"
	über 2,5 bis 3,5	die Note	"befriedigend"
	über 3,5 bis 4,0	die Note	"ausreichend"
	über 4,0	die Note	"nicht ausreichend"

Hierbei werden Zwischenwerte nur mit der ersten Dezimalstelle berücksichtigt; alle weiteren Stellen hinter dem Komma werden ohne Rundung gestrichen.

(6) Eine Prüfung ist bestanden, wenn die Prüfungsleistung mindestens als "ausreichend" bewertet worden ist. Besteht die Modulprüfung aus mehreren einzelnen Prüfungsleistungen, ist das Modul bestanden, wenn alle einzelnen Prüfungsleistungen bestanden sind.

(7) Die Bewertung der Prüfungsleistungen muss innerhalb von sechs Wochen erfolgen und den Studierenden mitgeteilt werden. Die Bekanntmachung durch Aushang oder ein elektronisches Prüfungsverwaltungssystem ist ausreichend. Die Bewertung der Masterarbeit ist den Studierenden nach spätestens acht Wochen mitzuteilen.

§ 12 Leistungspunkte (Credits) nach dem ECTS (European Credit Transfer System)

(1) Jeder Lehrveranstaltung des Master-Studiengangs werden Leistungspunkte zugeordnet, die eine Anerkennung im Rahmen des European Credit Transfer Systems (ECTS) ermöglichen. Sie sind ein quantitatives Maß für den zeitlichen Arbeitsaufwand, bestehend aus Präsenzzeiten, Zeiten für Vor- und Nachbereitung der Veranstaltung,

1 Selbststudium sowie für Prüfung und Prüfungsvorbereitung, den durchschnittlich begabte Studierende aufbringen müssen, um die Lehrveranstaltung erfolgreich abzuschließen.

2
3
4 (2) Der für ein erfolgreiches Studium nach Studienplan zugrunde gelegte Arbeitsaufwand für ein Studienjahr liegt bei 60 Leistungspunkten. Dabei entspricht 1 Leistungspunkt einem studentischen Arbeitsaufwand von 30 Stunden.

7
8 (3) Leistungspunkte werden nur bei erfolgreichem Abschluss eines Moduls vergeben. Das bedeutet, dass für jede mindestens mit "ausreichend" bestandene, benotete Modulprüfung im Sinne des § 11 Abs. 2 und 6 die volle Punktzahl unabhängig von der erreichten Einzelnote vergeben wird. Insgesamt sind für den erfolgreichen Abschluss des Masterstudiums 120 Leistungspunkte erforderlich.

13
14 (4) Die Zuordnung von Leistungspunkten zu einzelnen Modulen sowie zu der Masterarbeit und dem Kolloquium ergibt sich aus dem Studienverlaufsplan (Anlage) und wird im Modulhandbuch näher erläutert.

17
18 (5) An anderen Hochschulen innerhalb und außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes nach dem ECTS erbrachte Leistungspunkte werden nach § 10 maximal mit der Punktzahl anerkannt, die für die Leistung im aktuellen Studiengang vorgesehen ist. Im Übrigen gelten die Regelungen des § 10.

24 **§ 13 Bewertung von Prüfungsleistungen nach dem ECTS-Notensystem**

25
26 Das den Studierenden ausgestellte Zeugnis nach § 31 Abs. 1 weist auch eine relative Einstufung der Gesamtnote nach der ECTS-Noteneinstufungstabelle aus. Der Studiengang bildet dabei die Referenzgruppe, innerhalb derer alle vergebenen Gesamtnoten über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren erfasst und die Notenverteilung in Bezug auf die jeweiligen Prozentsätze berechnet wird. Die Tabelle mit den Benotungsprozentsätzen ist Bestandteil des Diploma Supplements nach § 31 Abs. 7.

34 **§ 14 Wiederholung von Prüfungsleistungen**

35
36 (1) Modulprüfungen können, wenn sie nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, wiederholt werden. Ist eine Modulprüfung nicht bestanden und besteht die Prüfung eines Moduls aus mehreren Einzelleistungen oder einer Kombination unterschiedlicher Prüfungsformen beschränkt sich die Wiederholung auf die jeweils nicht bestandenen Einzelleistungen. Die Wiederholung muss im nächsten Prüfungszeitraum nach dem erfolglosen Versuch stattfinden. Wenn die Wiederholung nicht innerhalb eines Jahres nach dem erfolglosen Versuch stattgefunden hat, verliert der oder die Studierende den Prüfungsanspruch für diesen Prüfungsversuch. Die zweite Wiederholungsprüfung hat ebenfalls im nächsten Prüfungszeitraum nach dem erfolglosen ersten Wiederholungsversuch zu erfolgen. Sollte die zweite Wiederholungsprüfung nicht innerhalb eines Jahres nach dem erfolglosen zweiten Versuch stattgefunden haben, verliert der oder die Studierende den Prüfungsanspruch endgültig. Satz 3 und 5 gilt nicht, wenn der oder die Studierende nachweist, dass sie oder er das Versäumnis der Frist nicht zu vertreten hat. Bei der Berechnung der Wiederholungsfristen im Sinne der Sätze 2 und 4 bleiben Zeiten obligatorischer oder fakultativer Praxis- oder Auslandssemester oder einer Beurlaubung unberücksichtigt.

(2) Im Falle des Nichtbestehens können die Masterarbeit und das Kolloquium je einmal und die Modulprüfungen je zweimal wiederholt werden.

(3) Eine mindestens als "ausreichend" (4,0) bewertete Prüfung kann nicht wiederholt werden.

§ 15 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, wenn der Prüfling zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt oder die Prüfungsleistungen nicht vor Ablauf der Prüfungszeit erbringt. Satz 1 gilt entsprechend, wenn der Student oder die Studentin die Masterarbeit nicht fristgemäß abliefern.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich angezeigt, schriftlich dargelegt und glaubhaft nachgewiesen werden. Bei Krankheit des Studenten oder der Studentin wird die Vorlage eines nachvollziehbaren ärztlichen Attestes verlangt, aus dem hervorgeht, dass sie oder er prüfungsunfähig ist. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, so wird dem Prüfling mitgeteilt, dass er die Zulassung zu der entsprechenden Prüfungsleistung erneut beantragen kann.

(3) Versucht der Student oder die Studentin, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zulässiger Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Das Mitführen nicht zulässiger Hilfsmittel stellt bereits eine Täuschungshandlung dar. Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer bzw. der oder dem Aufsichtsführenden, in der Regel nach Abmahnung, von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. Wird der Prüfling von der weiteren Erbringung einer Prüfungsleistung ausgeschlossen, kann er verlangen, dass diese Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird. Dies gilt entsprechend bei Feststellungen einer Prüferin oder eines Prüfers bzw. einer oder eines Aufsichtsführenden gemäß Satz 1. Auf die Ahndungsmöglichkeiten des § 63 Abs. 5 HG wird hingewiesen.

(4) Unzulässige Hilfsmittel sind alle nicht ausdrücklich zur jeweiligen Prüfung zugelassenen Unterlagen bzw. Arbeitshilfen. Für schriftliche Ausarbeitungen gilt, dass die Übernahme fremden geistigen Eigentums (Textstellen, Bilder, Statistiken pp. anderer Urheber aus offline- oder online-Quellen) als Zitate zu kennzeichnen sind. Die Wiederholung einer Prüfung im Falle eines Plagiatsvorwurfs kann von der Erfüllung von Auflagen, etwa der erfolgreichen Teilnahme an einem Seminar oder Workshop zur Technik wissenschaftlichen Arbeitens, abhängig gemacht werden. Im Falle extremer Plagiate (vollständige Übernahme längerer Textpassagen, die nicht als Zitate gekennzeichnet sind) oder im Falle eines mehrfachen oder sonstigen schwerwiegenden Täuschungsversuches kann der Prüfungsausschuss beschließen, dass die Prüfung als endgültig nicht bestanden gilt.

II. Modulprüfungen

§ 16 Ziel, Umfang und Form der Modulprüfungen

(1) Das Studium ist in einzelne Module unterteilt, die jeweils mit einer Prüfung abgeschlossen werden. Der Inhalt eines Moduls kann in einer oder mehreren Veranstaltungen mit unterschiedlichen Lehr- und Lernformen vermittelt werden und erstreckt sich auf ein (ggf. höchstens zwei) Studiensemester. Die Modulprüfung kann sich in mehrere einzelne Prüfungsleistungen mit gleicher oder unterschiedlicher Prüfungsform nach den §§ 19 bis 22 untergliedern. In den Prüfungen soll festgestellt werden, ob die Studierenden Inhalt und Methoden der Module in den wesentlichen Zusammenhängen beherrschen und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten selbständig anwenden können.

(2) Die Prüfungsanforderungen sind auf der Grundlage der angebotenen Lehrveranstaltungen an den für das Modul definierten Lernergebnissen zu orientieren, die im Modulhandbuch für das betreffende Modul beschrieben werden. Relevante Fachinhalte vorangegangener Module können vorausgesetzt werden. Lehrveranstaltungen und Prüfungen können auch in englischer Sprache abgehalten werden. Näheres ergibt sich aus den §§ 23 und 24 sowie dem Studienverlaufsplan (Anlage) und dem Modulhandbuch.

(3) Die Prüfungsform orientiert sich an den Erfordernissen des jeweiligen Moduls. Dabei sind schriftliche Klausurarbeiten (§§ 19, 20) mit einer Bearbeitungszeit von mindestens einer und höchstens drei Zeitstunden, mündliche Prüfungen (§ 21) von 10 bis 30 Minuten Dauer pro Prüfling und weitere Prüfungsformen (§ 22) sowie Kombinationen dieser Prüfungsformen zulässig. Die Gesamtprüfungsbelastung der Studierenden je Modulprüfung soll bei Modulprüfungen, die eine Kombination mehrerer Prüfungsformen beinhalten, nicht höher liegen, als bei Vorliegen von nur einer Prüfungsform.

(4) Der Prüfungsausschuss legt in der Regel zu Beginn eines Semesters im Benehmen mit den Prüferinnen und Prüfern für jedes Modul die Prüfungsform und die Prüfungsmodalitäten unter Beachtung der Studierbarkeit und der Modulbeschreibung fest. Besteht die Prüfung innerhalb eines Moduls aus mehreren Einzelleistungen oder einer Kombination unterschiedlicher Prüfungsformen, ist darüber hinaus auch die Gewichtung der einzelnen Prüfungsteile zueinander festzulegen. Ist keine besondere Gewichtung festgelegt, ist die Gesamtnote aus dem nach den zu erreichenden Credits gewichteten arithmetischen Mittel der jeweiligen Einzelbewertungen zu bilden. Der Prüfungszeitraum für die Klausuren und mündlichen Prüfungen wird vom Prüfungsausschuss in der Regel zwei Monate vor dem Prüfungszeitraum für alle Studierenden der jeweiligen Modulprüfung einheitlich und verbindlich festgelegt. Für gesetzte Prüfungstermine gelten die Regelungen des Absatzes 5.

(5) Im Falle weiterer Prüfungsformen legt die Prüferin oder der Prüfer den Terminplan für die Erbringung der Prüfungsleistungen im ersten Viertel der Veranstaltung fest und zeigt dies dem Prüfungsausschuss an. In dieser Zeitspanne gibt die Prüferin oder der Prüfer den Terminplan für die Erbringung der Prüfungsleistungen bekannt. Die Bekanntgabe durch Aushang oder ein elektronisches Prüfungsverwaltungssystem ist ausreichend. § 18 Abs. 1 Satz 2 findet keine Anwendung.

§ 17 Zulassung zu Modulprüfungen

(1) Der Antrag auf Zulassung ist in dem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Anmeldungszeitraum über das vom Studierenden- und Prüfungsservice zur Verfügung gestellte elektronische An- und Abmeldeverfahren oder ggf. schriftlich an den Studierenden- und Prüfungsservice zu richten. Der Student oder die Studentin muss sich durch Einsicht in die Zulassungslisten davon überzeugen, dass die Anmeldung korrekt vermerkt ist. Nur zugelassene Studierende dürfen an der Prüfung teilnehmen.

(2) Zu einer Prüfung kann nur zugelassen werden, wer

1. an der Technischen Hochschule Köln als Studentin oder Student eingeschrieben oder zugelassen ist,
2. als Zweithörer oder Zweithörerin nach § 52 Abs. 1 und 2 HG an der Technischen Hochschule Köln noch keinen Prüfungsversuch in diesem Fach als Ersthörerin oder Ersthörer an anderen Hochschulen unternommen und sich auch nicht dazu angemeldet hat.

(3) Für die Zulassung zu den Modulprüfungen kann das Bestehen weiterer Modulprüfungen zur Voraussetzung gemacht werden; Näheres hierzu regelt § 24 in Verbindung mit dem Studienverlaufsplan (Anlage).

(4) Die in dem Zulassungsantrag genannten Module aus den Wahlpflichtmodulen, in denen der Prüfling die Modulprüfung ablegen will, sind mit der Antragstellung verbindlich festgelegt. Im Übrigen gilt Absatz 6.

(5) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen oder bis zu einem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Termin nachzureichen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:

1. die Nachweise über die in den Absätzen 2 und 3 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
2. eine Erklärung über bisherige Versuche zur Ablegung entsprechender Prüfungen sowie über bisherige Versuche zur Ablegung einer Master- oder sonstigen Abschlussprüfung im gleichen Studiengang, und
3. eine Erklärung darüber, ob bei mündlichen Prüfungen einer Zulassung von Zuhörerinnen oder Zuhörern widersprochen wird.

Ist es dem Prüfling nicht möglich, eine nach Satz 1 erforderliche Unterlage in der vorgeschriebenen Weise beizufügen, kann der Prüfungsausschuss gestatten, den Nachweis auf andere Art zu führen.

(6) Der Antrag auf Zulassung zu einer Modulprüfung kann schriftlich beim Studierenden- und Prüfungsservice bzw. über das vom Studierenden- und Prüfungsservice zur Verfügung gestellte An- und Abmeldeverfahren bis eine Woche vor dem festgesetzten Prüfungstermin ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.

(7) Über die Zulassung zur Modulprüfung entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses und im Zweifelsfall der Prüfungsausschuss.

(8) Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- a) die in Absätzen 2 bis 4 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder

- b) die Unterlagen unvollständig sind und nicht bis zu dem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Termin ergänzt werden oder
- c) der Prüfling eine entsprechende Prüfung in einem vergleichbaren Studiengang endgültig nicht bestanden oder im Geltungsbereich des Grundgesetzes die Master- oder eine sonstige Abschlussprüfung im gleichen Studiengang endgültig nicht bestanden hat oder
- d) der Prüfling im Geltungsbereich des Grundgesetzes seinen Anspruch auf Teilnahme an einer nach der Prüfungsordnung erforderlichen Prüfung, z.B. durch Versäumen einer Wiederholungsfrist, verloren hat.

§ 18 Durchführung von Modulprüfungen

(1) Für die Modulprüfungen nach §§ 19 und 20 ist in der Regel ein Prüfungstermin in jedem Semester anzusetzen. Prüfungstermine sollen innerhalb von Prüfungszeiträumen stattfinden, die vom Prüfungsausschuss festgesetzt und bei Semesterbeginn oder zum Ende des vorhergehenden Semesters bekannt gegeben werden. Während dieses Prüfungszeitraums sollen keine Lehrveranstaltungen stattfinden.

(2) Die Termine der einzelnen Prüfungen und die Zulassung zur Prüfung werden den Studierenden rechtzeitig, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der betreffenden Prüfung, bekannt gegeben. Die Bekanntgabe durch Aushang oder ein elektronisches Prüfungsverwaltungssystem ist ausreichend.

(3) Studierende haben sich auf Verlangen mit einem amtlichen Lichtbildausweis auszuweisen.

(4) Macht eine Studentin oder ein Student durch ein ärztliches Zeugnis oder auf andere Weise glaubhaft, dass sie oder er wegen einer Behinderung oder chronischen Erkrankung im Sinne des § 3 Behindertengleichstellungsgesetz nicht in der Lage ist, die Prüfung oder die Studienleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Verlängerung der Bearbeitungszeit für Prüfungsleistungen bzw. der Fristen für das Ablegen von Prüfungen oder die Erbringung gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form gestatten. Kommen verschiedene gleichwertige Nachteilsausgleiche in Betracht, entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses über Form, Zeitpunkt und Dauer der Prüfung nach pflichtgemäßem Ermessen. Diese Regelung gilt entsprechend für Studienleistungen und Zulassungsprüfungen. Die Sätze 1 bis 3 finden in Ausnahmefällen auch bei einer vorübergehenden gesundheitlichen Beeinträchtigung Anwendung.

(5) Prüfungsleistungen in Prüfungen, mit denen der Studiengang abgeschlossen wird, und in Wiederholungsprüfungen, deren Bestehen Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums ist, sind von mindestens zwei Prüferinnen oder Prüfern zu bewerten. Bei nicht übereinstimmender Bewertung einer Klausurarbeit ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen.

§ 19 Klausurarbeiten

(1) In den Klausurarbeiten soll der Prüfling nachweisen, dass er in begrenzter Zeit und mit beschränkten Hilfsmitteln Probleme aus Gebieten des jeweiligen Moduls mit

1 geläufigen wissenschaftlichen Methoden seiner Fachrichtung erkennt und auf richtigem
2 Wege zu einer Lösung finden kann.

3
4 (2) Eine Klausurarbeit findet unter Aufsicht statt. Über die Zulassung von Hilfsmitteln
5 entscheidet die Prüferin oder der Prüfer.

6
7 (3) Die Klausurarbeit wird in der Regel von nur einer Prüferin oder einem Prüfer ge-
8 stellt. In fachlich begründeten Fällen, insbesondere wenn in einem Modul mehrere
9 Fachgebiete zusammenfassend geprüft werden, kann die Prüfungsaufgabe auch von
10 mehreren Prüferinnen oder Prüfern gestellt werden. In diesem Fall legen die Prüferinnen
11 oder die Prüfer die Gewichtung der Anteile an der Prüfungsaufgabe vorher gemeinsam
12 fest; ungeachtet der Anteile und ihrer Gewichtung beurteilt jede Prüferin oder jeder Prü-
13 fer die gesamte Klausurarbeit. Abweichend davon kann der Prüfungsausschuss wegen
14 der Besonderheit eines Fachgebietes bestimmen, dass die Prüferin oder der Prüfer nur
15 den Teil der Klausurarbeit beurteilt, der ihrem oder seinem Fachgebiet entspricht. In die-
16 sem Fall wird die Bewertung entsprechend der vorher festgelegten Gewichtung der An-
17 teile berücksichtigt. § 18 Abs. 5 bleibt unberührt.

18
19 (4) Mit elektronischen Hilfen durchgeführte Prüfungen werden wie schriftliche Prüfungen
20 behandelt.

21 22 23 **§ 20 Schriftliche Prüfungen im Antwortwahlverfahren**

24
25 (1) Klausurarbeiten können ganz oder teilweise auch in der Form des Antwortwahl-
26 verfahrens durchgeführt werden. Hierbei haben die Studierenden unter Aufsicht schrift-
27 lich gestellte Fragen durch die Angabe der für zutreffend befundenen Antworten aus
28 einem Katalog vorgegebener Antwortmöglichkeiten zu lösen. Das Antwortwahlverfahren
29 kommt in dazu geeigneten Modulen auf Antrag der Prüfenden und mit Zustimmung des
30 Prüfungsausschusses zur Anwendung.

31
32 (2) Die Prüfungsfragen müssen auf die mit dem betreffenden Modul zu vermittelnden
33 Kenntnisse und Qualifikationen abgestellt sein und zuverlässige Prüfungsergebnisse
34 ermöglichen.

35
36 (3) Die Festlegung der Prüfungsfragen und der vorgegebenen Antwortmöglichkeiten
37 (Prüfungsaufgaben) erfolgt durch die Prüfenden. Dabei ist auch schriftlich festzuhalten,
38 welche der Antwortmöglichkeiten als zutreffende Lösung der Prüfungsfragen anerkannt
39 werden.

40
41 (4) Die Bewertung der schriftlichen Arbeit hat folgende Angaben zu enthalten:
42 1. Die Zahl der gestellten und die Zahl der vom Prüfling zutreffend beant-
43 worteten Prüfungsfragen,
44 2. die erforderliche Mindestzahl zutreffend zu beantwortender Prüfungsfra-
45 gen (Bestehensgrenze),
46 3. im Falle des Bestehens die Prozentzahl, um die die Anzahl der zutref-
47 fend beantworteten Fragen die Mindestanforderungen übersteigt,
48 4. die vom Studenten oder von der Studentin erzielte Note.

49
50 (5) Die Prüfenden haben bei der Auswertung der Prüfungsleistungen aller Studieren-
51 den darauf zu achten, ob sich aufgrund der Häufung fehlerhafter Antworten auf be-

1 stimmte Prüfungsfragen Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Prüfungsaufgabe feh-
2 lerhaft formuliert war. Ergibt sich nach der Durchführung der Prüfung, dass einzelne Prü-
3 fungsfragen oder Antwortmöglichkeiten fehlerhaft sind, gelten die betreffenden Prü-
4 fungsaufgaben als nicht gestellt. Die Zahl der Prüfungsaufgaben vermindert sich ent-
5 sprechend, bei der Bewertung ist die verminderte Aufgabenzahl zugrunde zu legen. Die
6 Verminderung der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil der Studierenden
7 auswirken.

8
9 (6) Mit elektronischen Hilfen durchgeführte Prüfungen werden wie schriftliche Prüfungen
10 behandelt.

11 12 13 **§ 21 Mündliche Prüfungen**

14
15 (1) Mündliche Prüfungen werden, außer in Fällen des § 18 Abs. 5, vor einer Prüferin
16 oder einem Prüfer in Gegenwart einer sachkundigen Beisitzerin oder eines sachkundi-
17 gen Beisitzers (§ 9 Abs. 1) oder vor mehreren Prüferinnen oder Prüfern (Kollegialprü-
18 fung) als Gruppenprüfungen oder als Einzelprüfungen abgelegt. Werden in einer Prü-
19 fung mehrere Fachgebiete gemeinsam geprüft, wird jeder Prüfling in jedem Fachgebiet
20 grundsätzlich nur von einer Prüferin oder einem Prüfer geprüft, es sei denn, es liegt ein
21 Fall des § 18 Abs. 5 vor. Vor der Festsetzung der Note hat die Prüferin oder der Prüfer
22 die Beisitzerin oder den Beisitzer oder die anderen Prüferinnen oder Prüfer zu hören.

23
24 (2) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung, insbesondere die für
25 die Benotung maßgeblichen Tatsachen, sind in einem Protokoll festzuhalten. Die Note
26 ist den Studierenden im Anschluss an die Prüfung bekannt zu geben.

27
28 (3) Studierenden des gleichen Studiengangs soll bei mündlichen Prüfungen die Teil-
29 nahme als Zuhörerin oder Zuhörer nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse ermög-
30 licht werden, sofern nicht ein Prüfling bei der Meldung zur Prüfung widersprochen hat.
31 Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungser-
32 gebnisses.

33 34 35 **§ 22 Weitere Prüfungsformen**

36
37 (1) Neben Klausurarbeiten und mündlichen Prüfungen können für Modulprüfungen
38 auch andere Prüfungsformen vorgesehen werden, insbes. Referat, Hausarbeit, Projekt-
39 bericht oder mündlicher Beitrag.

40
41 (2) Die Prüfungen der weiteren Prüfungsformen werden in der Regel von einer Prüfe-
42 rin oder einem Prüfer bewertet, soweit nicht ein Fall des § 18 Abs. 5 vorliegt.

43
44 (3) Ein Referat ist im Lehr- bzw. Lernzusammenhang der Lehrveranstaltung zu hal-
45 ten. Es umfasst die eigenständige systematische Aufarbeitung eines Themas oder
46 Themengebietes der jeweiligen Lehrveranstaltung unter Einbeziehung der einschlägigen
47 Literatur. In einem kurzen Vortrag von in der Regel 15 Minuten bis 30 Minuten soll die
48 Diskussion über die entsprechende Thematik eröffnet und vertieft werden.

49
50 (4) Eine Hausarbeit (z.B. Fallstudie, Recherche) dient der Feststellung, ob der Prüf-
51 ling befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine Fachaufgabe nach wissen-

1 schaftlichen und fachpraktischen Methoden selbstständig in schriftlicher Form zu bear-
2 beiten. Das Thema und der Umfang (z. B. Seitenzahl des Textteils) der Hausarbeit wer-
3 den von der Prüferin bzw. dem Prüfer zu Beginn des Semesters festgelegt. Die Note für
4 die Hausarbeit ist dem Prüfling spätestens drei Wochen nach Abgabe der Hausarbeit
5 bekannt zu geben.

6
7 (5) Ein Projektbericht (Abschlussbericht) dient der Feststellung, ob der Prüfling befä-
8 higt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine praxisorientierte Aufgabe nach wissen-
9 schaftlichen und fachpraktischen Methoden alleine oder in einem Projektteam selbst-
10 ständig zu bearbeiten.

11
12 (6) Ein mündlicher Beitrag (z. B. Präsentation, Verhandlung, Moderation) dient der
13 Feststellung, ob der Prüfling befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine pra-
14 xisorientierte Aufgabe nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbst-
15 ständig zu bearbeiten und mittels verbaler Kommunikation fachlich angemessen darzu-
16 stellen. Die Dauer des mündlichen Beitrags wird von der Prüferin bzw. dem Prüfer zu
17 Beginn des Semesters festgelegt. Die für die Benotung des mündlichen Beitrags maß-
18 geblichen Tatsachen sind in einem Protokoll festzuhalten. Die Note ist dem Prüfling spä-
19 testens eine Woche nach dem mündlichen Beitrag bekannt zu geben.

20
21 (7) Hausarbeiten, Projektberichte und mündliche Beiträge können auch in Form einer
22 Gruppenarbeit zur Prüfung zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu be-
23 wertende Beitrag des einzelnen Studierenden aufgrund der Angabe von Abschnitten,
24 Arbeitsgebieten, Seitenzahlen (bei Hausarbeiten) oder anderen objektiven Kriterien, die
25 eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist.

26 27 28 **III. Studienverlauf**

29 30 31 **§ 23 Module und Abschluss des Studiums, Zusatzmodule**

32
33 (1) Im Studium sind in allen vorgeschriebenen Modulen (Pflicht- und Wahlpflichtmo-
34 dulen) Modulprüfungen in den Prüfungsformen der §§ 19 – 22 abzulegen. Die Module
35 des Studiums sind in § 24 aufgeführt, die Prüfungsformen sind, sofern sie nicht vom
36 Prüfungsausschuss im Einzelnen festgelegt werden (§ 16 Abs. 4 Satz 1) dem Modul-
37 handbuch zu entnehmen. Wahlmöglichkeiten ergeben sich aus dem Studienplan und
38 werden im Modulhandbuch näher erläutert.

39
40 (2) Der Studienverlauf, die Prüfungsverfahren und der Studienplan sind so zu gestal-
41 ten, dass alle gem. § 5 Abs. 1 zu absolvierenden Prüfungen bis zum Ende des vierten
42 Semesters vollständig abgelegt werden können.

43
44 (3) Der Prüfling kann sich in mehr als den zur Erreichung der vorgeschriebenen Zahl
45 von Leistungspunkten erforderlichen Modulen einer Prüfungsleistung unterziehen (Zu-
46 satzmodule). Die Ergebnisse dieser Prüfungsleistungen werden auf Antrag des Prüflings
47 in das Zeugnis aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht be-
48 rücksichtigt. Bei der Anmeldung legt der Prüfling verbindlich fest, welches Fach als Zu-
49 satzmodul gelten soll. Als Prüfung in Zusatzmodulen gilt auch, wenn der Prüfling aus
50 einem Katalog von Wahlpflichtmodulen mehr als die vorgeschriebene Anzahl auswählt
51 und durch Modulprüfungen abschließt. In diesem Fall gelten die zuerst abgelegten Mo-

dulprüfungen als die vorgeschriebenen Prüfungen, es sei denn, dass der Prüfling vor der ersten Prüfung etwas anderes bestimmt hat.

§ 24 Modulprüfungen

(1) Im Studiengang sind in unabhängig von dem gewählten Studienschwerpunkt in folgenden Modulen Prüfungen abzulegen:

- | | |
|--|-------------------|
| 1. Spezielle Gebiete der Mathematik (Netzwerk- und Graphentheorie) | |
| ->SGM Statistik (Deskriptive und Schließende) | 6 Credits |
| 2. Computerethik | 6 Credits |
| 3. Research Methods | 6 Credits |
| 4. Projekt I (Vision und Konzept) | 12 Credits |
| 5. Projekt II (Entwicklung) | 12 Credits |
| 6. Projekt III (Forschung, Evaluation/Assessment, Verwertung) | <u>12 Credits</u> |
| Zwischensumme: | 54 Credits. |

(2) Ferner sind im Studiengang mit dem Studienschwerpunkt „Human-Computer Interaction“ in folgenden Modulen Prüfungen abzulegen:

- | | |
|---|------------------|
| 1. Interaction Design | 6 Credits |
| 2. Design Methodologies | 6 Credits |
| 3. Angewandte Statistik für die Mensch-Computer Interaktion | <u>6 Credits</u> |
| Zwischensumme: | 18 Credits |

(3) Ferner sind im Studiengang mit dem Studienschwerpunkt „Multi-Perspective Product Development“ in folgenden Modulen Prüfungen abzulegen:

- | | |
|---------------------------------------|------------------|
| 1. Privatsphäre & Sicherheit im Netz | 6 Credits |
| 2. Visualisierung | 6 Credits |
| 3. Qualitätssicherung und -management | <u>6 Credits</u> |
| Zwischensumme: | 18 Credits |

(4) Ferner sind im Studiengang mit dem Studienschwerpunkt „Social Computing“ in folgenden Modulen Prüfungen abzulegen:

- | | |
|--------------------------------------|------------------|
| 1. Privatsphäre & Sicherheit im Netz | 6 Credits |
| 2. Soziotechnische Patterns | 6 Credits |
| 3. Netzwerk- und Graphentheorie | <u>6 Credits</u> |
| Zwischensumme: | 18 Credits |

(5) Ferner sind im Studiengang mit dem Studienschwerpunkt „Visual Computing“ in folgenden Modulen Prüfungen abzulegen:

- | | |
|---------------------------------------|------------------|
| 1. Storytelling, Narrative Strukturen | 6 Credits |
| 2. Visualisierung | 6 Credits |
| 3. Bildbasierte Computergrafik | <u>6 Credits</u> |
| Zwischensumme: | 18 Credits |

(6) Ferner sind im Studiengang mit dem Studienschwerpunkt „Weaving the Web“ in folgenden Modulen Prüfungen abzulegen:

- | | |
|--------------------------------------|------------------|
| 1. Web-basierte Architekturen | 6 Credits |
| 2. Web Technologien | 6 Credits |
| 3. Privatsphäre & Sicherheit im Netz | <u>6 Credits</u> |
| Zwischensumme: | 18 Credits |

(7) Ferner sind im Studiengang unabhängig von dem gewählten Studienschwerpunkt in drei Wahlpflichtfächern Modulprüfungen abzulegen, die zusammen mindestens 18 Credits ergeben, so dass in der Summe (ohne Masterarbeit und Kolloquium) 90 Credits erreicht werden.

Einzelheiten hierzu ergeben sich aus dem Modul- und Studienverlaufsplan (Anlage).

IV. Masterarbeit und Kolloquium

§ 25 Masterarbeit; Zweck, Thema, Prüferinnen oder Prüfer

(1) Die Masterarbeit ist eine schriftliche Hausarbeit. Sie ist in der Regel eine eigenständige Untersuchung mit einer Aufgabenstellung aus der Medieninformatik und einer ausführlichen Beschreibung und Erläuterung ihrer Lösung. Sie soll zeigen, dass der Prüfling befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine Aufgabe aus seinem Fachgebiet sowohl in ihren fachlichen Einzelheiten als auch in den fachübergreifenden Zusammenhängen nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbständig zu bearbeiten. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit ist auch bei der Abschlussarbeit zu berücksichtigen.

(2) Das Thema der Masterarbeit kann von jeder Professorin und jedem Professor, die oder der nach § 9 Abs. 1 zur Prüferin bzw. Prüfer bestellt werden kann, gestellt und die Bearbeitung von ihr oder ihm betreut werden. Auf Antrag des Prüflings kann der Prüfungsausschuss auch eine Honorarprofessorin oder einen Honorarprofessor oder mit entsprechenden Aufgaben betraute Lehrbeauftragte gemäß § 9 Abs. 1 zur Betreuerin oder zum Betreuer bestellen, wenn feststeht, dass das vorgesehene Thema der Masterarbeit nicht durch eine fachlich zuständige Professorin oder einen fachlich zuständigen Professor betreut werden kann. Die Masterarbeit darf mit Zustimmung der oder des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses in einer Einrichtung außerhalb der Hochschule durchgeführt werden, wenn sie dort ausreichend betreut werden kann. Dem Studierenden ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für den Themenbereich der Masterarbeit zu machen. Prüferinnen und Prüfer anderer Fakultäten können in fachlich geeigneten Fällen ebenfalls als Betreuerin oder Betreuer gewählt werden.

(3) Auf Antrag sorgt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass ein Prüfling rechtzeitig ein Thema für die Masterarbeit erhält.

(4) Die Masterarbeit kann auch in der Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der oder des Einzelnen aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.

(5) Die Masterarbeit kann nach Absprache mit der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und der Erstprüferin oder dem Erstprüfer auch in englischer Sprache verfasst werden.

§ 26 Zulassung zur Masterarbeit

(1) Zur Masterarbeit kann zugelassen werden, wer die Zulassungsvoraussetzungen gemäß § 17 Abs. 2 und 5 erfüllt und aus den nach § 24 vorgeschriebenen Prüfungen insgesamt 75 Leistungspunkte gem. § 12 erreicht hat.

(2) Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich über den Studierenden- und Prüfungsservice an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen, sofern sie nicht bereits vorgelegt wurden:

- a. die Nachweise über die in Absatz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
- b. eine Erklärung über bisherige Versuche zur Bearbeitung einer Masterarbeit oder einer anderen Abschlussprüfung und zur Ablegung der Masterprüfung.
- c. eine Erklärung darüber, welche Prüferin oder welcher Prüfer zur Vorbereitung des Themas und zur Betreuung der Masterarbeit bereit ist, und
- d. die Angabe des Themenvorschlages der Masterarbeit.

(3) Der Antrag auf Zulassung kann schriftlich bis zur Bekanntgabe der Entscheidung über den Antrag ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.

(4) Über die Zulassung entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses und in Zweifelsfällen der Prüfungsausschuss. Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- a) die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt oder
- b) die Unterlagen unvollständig sind oder
- c) im Geltungsbereich des Grundgesetzes eine entsprechende Abschlussarbeit des Prüflings ohne Wiederholungsmöglichkeit als "nicht ausreichend" bewertet worden ist oder der Prüfling eine der in Absatz 2 Satz 2 Nr. 2 genannten Prüfungen endgültig nicht bestanden hat.

Im Übrigen darf die Zulassung nur versagt werden, wenn der Prüfling im Geltungsbereich des Grundgesetzes seinen Prüfungsanspruch im gleichen Studiengang, z.B. durch Versäumen einer Wiederholungsfrist, verloren hat.

§ 27 Ausgabe und Bearbeitung der Masterarbeit

(1) Die Ausgabe der Masterarbeit erfolgt über die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Als Zeitpunkt der Ausgabe gilt der Tag, an dem die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses das von der Betreuerin oder dem Betreuer der Masterarbeit gestellte Thema dem Studenten oder der Studentin bekannt gibt; der Zeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

(2) Die Bearbeitungszeit (Zeitraum von der Ausgabe bis zur Abgabe der Masterarbeit) beträgt 23 Wochen. Das Thema und die Aufgabenstellung müssen so beschaffen sein, dass die Masterarbeit innerhalb der vorgesehenen Frist abgeschlossen werden kann. Im Ausnahmefall kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses aufgrund eines vor Ablauf der Frist gestellten begründeten Antrages die Bearbeitungszeit

um bis zu vier Wochen verlängern. Die Betreuerin oder der Betreuer der Masterarbeit soll zu dem Antrag gehört werden

(3) Das Thema der Masterarbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten vier Wochen der Bearbeitungszeit ohne Angabe von Gründen zurückgegeben werden. Im Falle der Wiederholung gemäß § 14 Abs. 2 ist die Rückgabe nur zulässig, wenn der Student oder die Studentin bei der Anfertigung seiner ersten Masterarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hatte.

(4) § 18 Abs. 4 findet entsprechende Anwendung.

§ 28 Abgabe und Bewertung der Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit ist fristgemäß dreifach in gebundener Form und einmal auf elektronischem Datenträger im Format eines allgemein gängigen Textverarbeitungsprogramms bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses oder einer von ihr oder ihm hierfür benannten Stelle abzuliefern. Die Übermittlung durch Telekommunikationsgeräte ist ausgeschlossen. Außerdem ist die Masterarbeit zum Zwecke der Plagiatsüberprüfung an die durch den Studierenden- und Prüfungsservice angegebene Internetadresse zu übermitteln. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen; bei Zustellung der Arbeit durch die Post ist der Zeitpunkt der Einlieferung bei der Post maßgebend. Bei der Abgabe der Masterarbeit hat die bzw. der Studierende schriftlich zu versichern, dass sie bzw. er die Arbeit - bei einer Gruppenarbeit den entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit - selbständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Jede/r Studierende hat außerdem mit Abgabe der Masterarbeit ihr/sein Einverständnis zu erklären, dass ihre/seine Arbeit mit Hilfe einer Plagiatserkennungssoftware auf möglicherweise nicht kenntlich gemachte übernommene Textpassagen oder sonstige Quellen hin überprüft wird. Auf die Ahndungsmöglichkeit von Täuschungsversuchen nach § 15 Abs. 3 wird hingewiesen. Im Übrigen greifen die Regelungen zu Täuschungsversuchen gem. § 15 Abs. 2 und 3.

(2) Die Masterarbeit ist von zwei Prüferinnen oder Prüfern zu bewerten. Eine der Prüferinnen oder einer der Prüfer soll die Betreuerin oder der Betreuer der Masterarbeit sein. Die andere Prüferin bzw. der andere Prüfer wird vom Prüfungsausschuss bestimmt. Im Fall des § 25 Abs. 2 S. 2 und 3 muss sie oder er eine Professorin oder ein Professor sein. Bei nicht übereinstimmender Bewertung durch die Prüferinnen oder Prüfer wird die Note der Masterarbeit aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, wenn die Differenz der beiden Noten weniger als 2,0 beträgt. Beträgt die Differenz 2,0 oder mehr, wird vom Prüfungsausschuss eine dritte Prüferin oder ein dritter Prüfer bestimmt. In diesem Fall ergibt sich die Note der Masterarbeit aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Einzelbewertungen. Die Masterarbeit kann jedoch nur dann als "ausreichend" oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei der Noten "ausreichend" oder besser sind.

§ 29 Kolloquium

(1) Das Kolloquium ergänzt die Masterarbeit, ist selbständig zu bewerten und soll innerhalb von sechs Wochen nach Abgabe der Masterarbeit stattfinden. Es dient der Fest-

1 stellung, ob der Student oder die Studentin befähigt ist, die Ergebnisse der Masterarbeit,
2 ihre fachlichen und methodischen Grundlagen, fachübergreifende Zusammenhänge und
3 außerfachlichen Bezüge mündlich darzustellen, selbständig zu begründen und ihre Be-
4 deutung für die Praxis einzuschätzen.

5
6 (2) Zum Kolloquium kann nur zugelassen werden,

7 (a) wer sämtliche Modulprüfungen bestanden hat,

8 (b) als Student oder Studentin oder als Zweithörer oder Zweithörerin gemäß § 52
9 Abs. 2 HG eingeschrieben oder zugelassen ist und

10 (c) wessen Masterarbeit mindestens mit „ausreichend“ bewertet worden ist.

11
12 Der Antrag auf Zulassung zum Kolloquium ist schriftlich an den Studierenden- und Prü-
13 fungsservice zu richten. Dem Antrag sind die Nachweise über die in Absatz 2 genannten
14 Zulassungsvoraussetzungen beizufügen, sofern sie nicht bereits dem Studierenden- und
15 Prüfungsservice vorliegen. Der Student oder die Studentin kann die Zulassung zum Kol-
16 loquium bereits bei der Zulassung zur Masterarbeit nach § 26 beantragen; in diesem
17 Fall erfolgt die Zulassung zum Kolloquium, sobald alle erforderlichen Nachweise und
18 Unterlagen dem Studierenden- und Prüfungsservice vorliegen.

19
20 (3) Das Kolloquium wird in der Regel von den Prüferinnen und Prüfern der Masterarbeit
21 abgenommen und bewertet. Im Fall des § 28 Abs. 2 wird das Kolloquium von den Prüfe-
22 rinnen und Prüfern abgenommen, aus deren Einzelbewertungen die Note der Masterar-
23 beit gebildet worden ist.

24
25 (4) Das Kolloquium wird als mündliche Prüfung von etwa 30 Minuten Dauer durchge-
26 führt. Die Vorschriften für mündliche Modulprüfungen (§ 21) finden entsprechende An-
27 wendung.

28
29 (5) Das Kolloquium kann einmal wiederholt werden.

30
31 (6) Für die bestandene Masterarbeit und das bestandene Kolloquium werden zusam-
32 men 30 **Credits** im Sinne von § 12 vergeben. Die Gewichtung der schriftlichen Leistung
33 (Masterarbeit) erfolgt mit 24 **Credits**. Die Gewichtung der mündlichen Leistung (Kollo-
34 quium) erfolgt mit 6 **Credits**.

37 38 **V. Ergebnis der Masterprüfung**

39 40 **§ 30 Ergebnis der Masterprüfung**

41
42 (1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn 120 Leistungspunkte erbracht worden
43 sind. Dies setzt voraus, dass alle geforderten Modulprüfungen bestanden sowie die
44 Masterarbeit und das Kolloquium mindestens als „ausreichend“ bewertet worden sind.

45
46 (2) Die Masterprüfung ist nicht bestanden, wenn eine der in Absatz 1 genannten Prü-
47 fungsleistungen endgültig als "nicht ausreichend" bewertet worden ist oder als "nicht
48 ausreichend" bewertet gilt. Über die nicht bestandene Masterprüfung wird ein Bescheid
49 erteilt, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Auf Antrag stellt die oder
50 der Vorsitzende des Prüfungsausschusses nach der Exmatrikulation eine Bescheini-
51 gung aus, die die erbrachten Prüfungs- und Studienleistungen und deren Benotung so-

1 wie die zur Masterprüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält. Aus der Beschei-
2 nigung muss hervorgehen, dass der Student oder die Studentin die Masterprüfung end-
3 gültig nicht bestanden hat. Auf Antrag stellt die oder der Vorsitzende des Prüfungsaus-
4 schusses eine Bescheinigung aus, die nur die erbrachten Prüfungs- und Studienleistun-
5 gen und deren Benotung enthält.

§ 31 Zeugnis, Gesamtnote, Diploma Supplement

10 (1) Über die bestandene Masterprüfung wird unverzüglich, möglichst innerhalb von
11 vier Wochen nach der letzten Prüfungsleistung, ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis
12 enthält die Noten und Leistungspunkte aller Modulprüfungen, das Thema und die Noten
13 und Leistungspunkte der Masterarbeit und des Kolloquiums sowie die Gesamtnote der
14 Masterprüfung und gegebenenfalls, bei einer von anderen Hochschulen übernommenen
15 bzw. anerkannten Leistung, deren Herkunft.

17 (2) Die Gesamtnote der Masterprüfung ergibt sich als Durchschnitt der mit ihren Leis-
18 tungspunkten gewichteten Noten der Modulprüfungen und der Masterarbeit. Hat der
19 Prüfling aus dem Wahlpflichtkatalog mehr als die erforderlichen Module ausgewählt und
20 mit mindestens „ausreichend“ bestanden, gehen diejenigen Modulnoten in die Berech-
21 nung der Gesamtnote ein, die zuerst abgelegt wurden, sofern nichts anderes vorab be-
22 stimmt worden ist.

24 (3) In die Gesamtnote fließen die Noten von Zusatzmodulen gem. § 23 Abs. 3 nicht
25 ein.

27 (4) Das Zeugnis ist von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu
28 unterzeichnen und trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung er-
29 bracht worden ist.

31 (5) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird dem Studenten oder der Studentin die Master-
32 urkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des
33 Mastergrades gemäß § 2 Abs. 6 beurkundet.

35 (6) Die Masterurkunde wird von der Dekanin oder dem Dekan der Fakultät für Infor-
36 matik und Ingenieurwissenschaften und der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsaus-
37 schusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Technische Hochschule Köln versehen.

39 (7) Gleichzeitig mit Zeugnis und Urkunde wird ein Diploma Supplement in englischer
40 Sprache entsprechend den Richtlinien und Vereinbarungen der Hochschulrektorenkon-
41 ferenz ausgestellt.

VI. Schlussbestimmungen

§ 32 Einsicht in die Prüfungsakten

49 Nach Ablegung des jeweiligen Versuchs einer Modulprüfung bzw. der Masterarbeit und
50 des Kolloquiums wird der Studentin bzw. dem Studenten auf Antrag Einsichtnahme in
51 die betreffende schriftliche Prüfungsarbeit, in ggf. vorhandene darauf bezogene Gutach-

ten der Prüfenden und in das Prüfungsprotokoll einer mündlichen Prüfung gewährt. Die Einsichtnahme in eine mindestens mit „ausreichend“ bewertete Masterarbeit ist erst nach Ablegung des darauf bezogenen Kolloquiums möglich. Die Einsichtnahme ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe der Note der Modulprüfung bzw. der Aushändigung des Prüfungszeugnisses oder der Bescheinigung über das endgültige Nichtbestehen der Masterprüfung bei der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu beantragen. Die oder der Vorsitzende bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 33 Ungültigkeit von Prüfungen

(1) Hat der Student oder die Studentin bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses, der Masterurkunde oder der Bescheinigungen nach § 30 Abs. 2 Satz 3 und 5 bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der Student oder die Studentin getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Masterprüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Student oder die Studentin hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses, der Masterurkunde oder der Bescheinigung nach § 30 Abs. 2 Satz 3 und 5 bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der Student oder die Studentin die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen über die Rechtsfolgen.

(3) Das unrichtige Prüfungszeugnis, die Masterurkunde und das Diploma Supplement oder die unrichtige Bescheinigung nach § 30 Abs. 2 Satz 3 und 5 und § 31 Abs. 1 und 6 sind einzuziehen und gegebenenfalls neu zu erteilen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Prüfungszeugnisses oder der Bescheinigung nach § 30 Abs. 2 Satz 3 und 5 ausgeschlossen.

§ 34 Inkrafttreten; Übergangsvorschriften

(1) Diese Masterprüfungsordnung tritt mit Wirkung vom 1. September 2017 in Kraft und wird in den Amtlichen Mitteilungen der Technischen Hochschule Köln veröffentlicht.

(2) Diese Prüfungsordnung gilt für alle Studierenden, die ab dem Wintersemester 2017/2018 ein Studium im Studiengang Medieninformatik an der Fakultät für Informatik und Ingenieurwissenschaften der Technischen Hochschule Köln aufnehmen.

(3) Vor dem Wintersemester 2017/2018 an der Technischen Hochschule Köln in den Masterstudiengang Medieninformatik eingeschriebene Studierende erhalten die Möglichkeit, ihr begonnenes Studium unter Beachtung ihrer bisherigen Studienplanung fortzusetzen und bis spätestens Ende des Wintersemesters 2019/20 abzuschießen. Die Prüfungsordnung für den Studiengang Medieninformatik der Technischen Hochschule Köln vom 5. April 2007 (Amtliche Mitteilung 09/2007), geändert durch Satzung vom 7. Januar 2011 (Amtliche Mitteilung 02 /2011) tritt mit Wirkung vom 29. Februar 2020 außer Kraft. Die dann noch in den Studiengang nach der bisherigen Prüfungsordnung eingeschriebenen Studierenden haben die Möglichkeit, unter Anerkennung ihrer bislang

1 erbrachten Leistungen in die neue ab 1. September 2017 geltende Prüfungsordnung zu
2 wechseln. Der Prüfungsausschuss trifft dazu geeignete Verfahrensregelungen.
3

4 (4) Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrats der Fakultät für Informa-
5 tik und Ingenieurwissenschaften der Technische Hochschule Köln vom XXX und nach
6 rechtlicher Überprüfung durch das Präsidium der Technische Hochschule Köln vom
7 XXX.
8
9

10
11 Köln, den XXX

Der Präsident
der Technischen Hochschule Köln
In Vertretung

(Prof. Dr. Klaus Becker)

12
13
14
15
16
17 Anlage:

18 - Studienverlaufsplan
19
20